

nicht. Den Deutschen wurde eine Abstimmung bekanntlich verwehrt.

Unsere DVU-Fraktion fordert - wie auch die Mehrheit der Bürger unseres Landes - eine Beschränkung der EU-Kompetenzen auf das Wesentliche und Notwendigste. Die Bundesregierung vermeidet leider eine klare Aussage zu weiteren EU-Erweiterungsorgien. Nicht einmal beim Thema Türkei kann man sich auf ein klares Nein verständigen.

Übrigens: Auch nach den allerneuesten Umfragen haben die Deutschen ein schlechtes Bild von der Europäischen Union, und da haben sie wohl auch Recht. Mittlerweile betrachten 85 % der Deutschen die EU als Gefahr für die Arbeitsplätze im Land.

Was will nun der PDS-Antrag? Der Landtag soll feststellen, dass in der EU der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit immer mehr Bedeutung zukommt bzw. dass nach dem Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Ländern über die ehemalige EU-Außengrenze hinweg noch erhebliche Hemmnisse und fehlende Verkehrswege, schleppende Grenzabfertigungen, fehlende Rahmenbedingungen für kommunale Zusammenarbeit usw. existieren.

Unserer Fraktion sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft sehr wohl bekannt. Die Entwicklung in den grenznahen Gebieten, außerhalb des Speckgürtels, ist trotz geflossener Struktur- und Entwicklungsmittel besorgniserregend. Handwerk und Dienstleistungssektor stehen unter einem enormen Kostendruck.

Sogar die EU-Kommissarin Hübner kam nicht umhin, die Brandenburger Regierung aufzufordern, sich endlich mehr um die Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen zu kümmern. Die Abwanderung junger Menschen aus den Grenzregionen prägt nach wie vor die aktuelle Entwicklung. Fehlanzeige gibt es auch bei der Ansiedlung größerer Industrieunternehmen. Die Ergebnisse sind beschämend und ein Armutszeugnis für die Regierung. Nach Ansicht der DVU-Fraktion brauchen wir hier und heute keine Feststellungen gemäß der Punkte 1 und 2 zu beschließen. Meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS-Fraktion, alle Gegebenheiten sind hinlänglich bekannt.

Was Ihren Absatz 3 bzw. Abschnitt 2 anbelangt, so kommt der Antrag reichlich spät; denn die Verabschiedung des Arbeitsprogramms der Bundesregierung für die deutsche Ratspräsidentschaft steht unmittelbar bevor. Im Übrigen kann man sich vorstellen, Genossinnen und Genossen der Linkspartei.PDS-Fraktion, an welchen Abbau bestehender Hemmnisse und Hindernisse zwischen alten und neuen Mitgliedsländern Sie dabei denken.

Die Brandenburger Arbeitslosen sowie diejenigen, die sich noch in Lohn und Brot befinden, denken dabei mit Abscheu an Ihren Antrag vom 24. Februar 2004 zurück. Schon damals wollten Sie polnischen Arbeitnehmern gestatten, auf den Arbeitsmarkt in Brandenburg zu drängen, und zwar ohne jegliche Einschränkung und ohne jeden Vorrang für deutsche Arbeitnehmer und Arbeitslose. - Ihren erneuten Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion erhält die Abgeordnete Richstein das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich immer, bei solchen Gelegenheiten wie der heutigen die richtigen bzw. weitsichtigen Äußerungen oder Worte von Konrad Adenauer zitieren zu können:

„Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.“

Eine Notwendigkeit ist die Einheit Europas auch für uns. Deswegen ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass wir uns mit diesem Thema auch im Plenum mehrfach befassen. Ich würde mir dennoch wünschen, dass sich die antragstellende Fraktion dem Thema, wenn sie sich schon damit befasst, nicht nur oberflächlich widmet. Ich glaube, ich habe an dieser Stelle schon einmal den Hinweis gegeben - ich will das gern wiederholen -, dass es nicht zehn mittel- und osteuropäische Staaten waren, die der Union im Jahr 2004 beigetreten sind - es sei denn, sie zählen Zypern und Malta zu Mittel- und Osteuropa -, sondern nur acht. Dies nur als kleiner Hinweis für die Zukunft.

(Zuruf des Abgeordneten Bochow [SPD])

- Ja, aber so steht es nun einmal im Antrag.

Nun zu dem Antrag bzw. dem Thema selbst. Im ersten Halbjahr 2007 wird die Bundesrepublik Deutschland sowohl die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union als auch den Vorsitz im G-8-Gipfel innehaben. Das ist eine wichtige Phase. Wir haben durchaus hohe Erwartungen an die Bundeskanzlerin bzw. an die Bundesregierung, und ich bin mir sicher, dass sie diese große Herausforderung erfüllen kann.

(Beifall bei der CDU)

Umso enttäuscht bin ich über den Inhalt Ihres Antrags. Daran erkennt man möglicherweise den Unterschied zwischen einem Kommunal- bzw. Regionalpolitiker und einer Bundeskanzlerin. Natürlich muss die Bundeskanzlerin das Große und Weite im Blick haben.

Ich muss sagen, Herr Hammer, ich bin schon erstaunt über Sie. Im Europaausschuss habe zumindest ich einiges Neues erfahren. In der Presse können wir durchaus lesen, worauf die Bundesrepublik im nächsten Halbjahr den Schwerpunkt legen wird, um Europa und dessen Zukunft zu gestalten. In Ihrem Antrag lese ich aber zum einen nur Allgemeinplätze. Es gibt bereits heute ein Europa der Regionen. Wir arbeiten an einem lebendigen und dezentralen Europa. Ich habe zum anderen das Gefühl, dass Sie in vielen Dingen Landesaufgaben - nur weil sie Ihrer Meinung nach im Land nicht funktionieren - gern nach oben delegieren möchten. Es gibt durchaus Probleme, zum Beispiel fehlende grenzüberschreitende Verkehrswege. Das ist aber keine Sache, die in Brüssel entschieden werden muss, sondern das müssen wir mit Warschau aushandeln. Auch die schleppende Grenzabfertigung und die fehlenden Rahmenbedingungen für die kommunale Zusammenarbeit müssen wir vor Ort lösen. Sie wissen, dass es in Genshagen bereits Foren und Seminare gab, um auch ein „Karlsruher Abkommen“ zwischen Deutschland bzw. Brandenburg und Polen zu gestalten. Leider ist die polnische Seite dazu nicht bereit.

Europa ist kein Zentralismus, sondern Subsidiarität. Wir fordern diese Subsidiarität - wir haben es auch hier im Parlament gefordert -; denn dort, wo am effektivsten entschieden werden kann, soll letztendlich auch entschieden werden. Wir können nicht immer nach Brüssel rufen, wenn wir meinen, Aufgaben auf Landesebene nicht regeln zu können.

Drittens beschreiben Sie, dass durchaus Hemmnisse und fehlende Dialoge zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten bestehen. Hemmnisse gibt es in der Tat. Diese sind aber auch dadurch bedingt, dass es einige Übergangsregelungen gibt. Dazu zählt - wie eben angesprochen - die Arbeitnehmerschutzklausel, auch wenn ich sie in einem anderen Kontext sehe. Wenn es Hemmnisse gibt, dann nicht nur zwischen alten und neuen Staaten, sondern auch zwischen alten Staaten und zwischen neuen Staaten. Es besteht aber ein guter Dialog.

Wenn wir die neue Förderperiode 2007 bis 2013 betrachten, sehen wir, dass gerade die Europäische Kommission ein Augenmerk darauf gelegt hat, die transnationale Zusammenarbeit weiter und besser zu fördern; denn mit Ziel 3 wurde dieser Punkt noch einmal speziell hervorgehoben.

Insofern hoffe ich, dass Sie in Zukunft den Weg zur Einheit Europas weiterhin mitgestalten werden, auch wenn Sie eventuell nicht die Weitsicht einer Bundeskanzlerin Merkel besitzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Appel.

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Appel:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Brandenburg unterstützt die Bundesregierung bei der Gestaltung der deutschen Ratspräsidentschaft im kommenden Halbjahr. Die Bundesregierung hat eine sehr schwierige Aufgabe zu bewältigen; denn durch das Stocken des Verfassungsprozesses nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden im letzten Jahr hat sich auch in einigen anderen Mitgliedsstaaten die Europaskepsis verstärkt. Um dem etwas entgegenzusetzen, müssen immer wieder die Errungenschaften der europäischen Zusammenarbeit betont werden.

(Bochow [SPD]: So ist das!)

Es liegt auch an uns, den Menschen zu erklären, dass nicht alle Aufgaben durch die Mitgliedsstaaten zu lösen sind und dass ein Land wie Deutschland nicht allein die Zukunftsfragen in der globalisierten Welt - unter anderem den Klimawandel und die Bekämpfung des Terrorismus - bewältigen kann.

An die deutsche Ratspräsidentschaft werden große und zum Teil unrealistische Erwartungen geknüpft. Die Forderungen im Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion gehören auch dazu. Sie erkennt die Verteilung der Verantwortlichkeiten. Aus diesem Grund lehnt die Landesregierung den Antrag ab. Lassen Sie mich das kurz begründen.

Gegen die Förderung eines verstärkten Dialogs entlang der deutsch-polnischen Grenze, der deutsch-tschechischen Grenze

oder über andere ehemalige EU-Außengrenzen hinweg ist natürlich nichts zu sagen; im Gegenteil: Die Landesregierung hat ein außerordentlich großes Interesse, dass sich vor allem die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn immer mehr verdichtet.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten hat sich sehr viel getan. Dennoch - das müssen wir auch immer wieder kritisch analysieren - bestehen durchaus Hemmnisse wie die Aufrechterhaltung der Personenkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze, deren Wegfall aus technischen Gründen auf 2008/09 verschoben worden war.

Einige dieser Hemmnisse beruhen sicherlich auf Europarecht. Zum Beispiel mussten Sammelkarten für grenzüberschreitende Schülerfahrten bedauerlicherweise abgeschafft werden, da sie nicht mit dem Schengener Abkommen konform waren. Jedoch gehören das Europarecht und das Schengener Abkommen im weitesten Sinne dazu, wobei hierdurch im Übrigen weniger Hemmnisse geschaffen werden, als hierdurch zur Lösung der Probleme in positiver Hinsicht beigetragen wird bzw. beigetragen werden.

Die europarechtlichen Bedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften wurden durch das neue Instrument mit dem Kürzel EVTZ - das muss ich auch erst noch lernen -, also des Europäischen Verbundes territorialer Zusammenarbeit deutlich verbessert. Die zugrundeliegende EG-Verordnung vom Juli 2006 ermöglicht Kooperationszusammenschlüsse zwischen nationalen, regionalen und lokalen Partnern in der EU. Inhaltlich soll dieses neue Instrument vor allem der Vereinfachung der Verwaltung von grenzüberschreitenden und interregionalen EU-Förderprogrammen dienen. Allerdings - das muss man auch sagen - handelt es sich dabei um ein sogenanntes fakultatives Instrument, das eben nicht von oben oktroyiert werden kann. Die Initiative zu einer intensiveren Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene über die Landesgrenzen hinweg muss dann von den jeweiligen Gebietskörperschaften selbst ausgehen. Dazu bietet das Europarecht mit der EVTZ-Verordnung eine hinreichende rechtliche Grundlage.

Neben den rechtlichen Möglichkeiten unterstützt die EU die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in beträchtlichem Maße auch finanziell; das wird häufig unterschlagen. Brandenburg stehen im Rahmen des neuen Ziel-3-Projektes in der Förderperiode 2007 bis 2013 immerhin rund 108 Millionen Euro für die Kooperation mit unseren polnischen Nachbarn zur Verfügung. Für eine Verbesserung dieser Zusammenarbeit sind nicht nur neue europäische Regelungen entscheidend, sondern die vorhandenen Möglichkeiten müssen zunächst einmal effektiv genutzt werden.

Darüber hinaus liegt die Lösung der im Antrag genannten grenzüberschreitenden Probleme, zum Beispiel in den Bereichen Verkehrswege und Grenzabfertigung, in der Verantwortung der nationalen Behörden. Sie sind zwischen Deutschland und Polen bilateral zu lösen. Die Landesregierung ist zum Beispiel über die deutsch-polnische Regierungskommission für interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit daran beteiligt. Insofern handelt es sich nicht um Aufgaben, die auf die EU-Ebene verlagert werden können. Sie sind daher nicht im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft zu erfüllen - abgesehen davon, dass vonseiten der Bundesregierung das